



Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Zugang des Landtages zur Bundesratsdatenbank EUDISYS

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung und der Landtagspräsident werden aufgefordert dafür einzutreten, dass der Landtag Zugang zum Datenbanksystem EUDISYS des Bundesrates oder auf andere Weise zu den darin gespeicherten Dokumenten erhält.

Begründung:

Der Vertrag von Lissabon sieht eine stärkere Einbindung der nationalen Parlamente in Angelegenheiten der Europäischen Union (EU) vor. Gemäß Artikel 12 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) werden die nationalen Parlamente von den Organen der EU unterrichtet und erhalten die Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU. Die nationalen Parlamente sorgen dafür, dass der Grundsatz der Subsidiarität beachtet wird.

Im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems leiten die Europäische Kommission und die anderen EU-Organe mit Initiativrecht die Entwürfe von europäischen Gesetzgebungsakten dem Bundesrat direkt zu. Der Bundesrat macht der Landesregierung mit Hilfe der Datenbank EUDISYS die Entwürfe von europäischen Gesetzgebungsakten zugänglich.

Da in die Datenbank EUDISYS Dokumente eingestellt werden, deren Weitergabe untersagt ist, weil sie beispielsweise als vertraulich eingestuft sind oder nur an einen begrenzten Personenkreis in den jeweils zuständigen obersten Landesbehörden weitergeleitet werden dürfen, wird den Landesparlamenten derzeit kein Zugang zu der Datenbank gewährt.

Umfassende und frühzeitige Informationen sind jedoch unerlässliche Bausteine einer effektiven Mitwirkung der Länderparlamente in Angelegenheiten der Europäischen

Union. Um eine ausreichende Information sowie eine praktikable und rechtzeitige Willensbildung des Landtages zu ermöglichen, muss den Landesparlamenten der Zugriff auf die Datenbank EUDISYS durch den Bundesrat möglich gemacht oder eine vergleichbare Parallelstruktur geschaffen werden.

Angelika Beer, MdL

Torge Schmidt, MdL
und Fraktion